UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
AUG 3 1936
LIBRARY

Nachmittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alle Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg.	Berlin,	Nr.
1936	Donnerstag, 16. Juli	931

Deutsch-ungarischer Telegrammwechsel.

Berlin, 16. Juli. Anläßlich des Abschlusses des deutsch-österreichischen Abkommens fand zwischen dem ungarischen Außenminister Herrn von Kanya und Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath folgender Telegrammwechsel statt:

„Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen meine aufrichtige Freude und Genugtuung über die gelungene deutsch-österreichische Verständigung mitzuteilen. Ich tue das in der Ueberzeugung, daß damit nicht nur für die beiden kontrahierenden Länder, sondern für ganz Europa ein wesentlicher Schritt zum allgemeinen Befriedung getan worden ist. Eurer Exzellenz sende ich zu diesem Erfolg meine herzlichsten Glückwünsche. (ges.) Kanya."

Der Reichsminister des Aeußern antwortete:

„Für die warmen Glückwünsche zum Abschluß des deutsch-österreichischen Abkommens danke ich Eurer Exzellenz aufs herzlichste. Auch ich hege die Ueberzeugung, daß sich die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten nicht nur zum Segen der beteiligten Länder auswirken wird, sondern darüber hinaus einen wesentlichen Schritt vorwärts zur Entspannung der internationalen Lage bedeutet. (ges.) Neurath."

Photowettbewerb „Die schöne Straße" verlängert.

Berlin, 16. Juli. Der vom Generalinspektor für das Deutsche Straßennetzen veranstaltete Photowettbewerb „Die schöne Straße im Bau und unter Verkehr" ist bis 1. August 1936 verlängert worden. Einsendungen bis zu diesem Termin unter einem Kennwort an den Generalinspektor für das Deutsche Straßennetzen, Berlin W 9, Pariser Platz 3, zu richten. Bildformat und Negativgröße sind beliebig, die Einsendebilder sollen jedoch nicht kleiner als 9 : 12 sein. Für den Wettbewerb werden Barpreise im Gesamtbetrag von 1500 RM ausgesetzt.

Ausländer lernen das neue Deutschland kennen.

Berlin, 16. Juli. Die Deutsche Hochschule für Politik eröffnete am Donnerstag vormittag gemeinsam mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst einen Ferienkursus für Ausländer, in dem interessierten ausländischen Teilnehmern durch eine Reihe von Vorträgen, Besichtigungen und Führungen ein Ueberblick über das politische Gesicht des Dritten Reiches geboten wird. An dem 14-tägigen Kursus, der unter dem Hauptthema „Das neue Deutschland" steht, nehmen etwa 80 Ausländer, zum Teil Studenten und Lehrer, aus 23 Nationen teil. Vertreten sind außer den europäischen Nationen auch die Vereinigten Staaten, Australien, China, Japan und die Mandschurei. Die meisten Hörer werden im Anschluß an den Kursus noch zu den Olympischen Spielen in Berlin bleiben.

Am Donnerstag vormittag nahm der Präsident der Deutschen Hochschule für Politik, Regierungsrat **Meier-Benneckenstein**, die Eröffnung vor, wobei er die ausländischen Gäste mit den Aufgaben der Hochschule für Politik bekannt machte. Anschließend forderte er die ausländischen Gäste auf, sich durch persönliche Unterhaltung und eigenen Augenschein davon zu überzeugen, daß niemand in Deutschland Krieg wolle.

Den ersten Vortrag hielt dann Staatsrat Prof. Dr. **Schmitt** über „Nationalsozialismus und Recht".

Das weitere Programm sieht Vorträge über die verschiedensten Gebiete der nationalsozialistischen Staatspolitik vor. Es sprechen Reichskulturwalter Hans **Hinkel**, Staatsrat **Meinberg**, Hauptamtsleiter **Selzner**, Frau **Scholtz-Klink** Gebietsführer **Schulze**, Prof. Dr. **Bäumler**, die Ministerialräte Dr. **Benze** und Dr. **Hunke** sowie Prof. Dr. von **Arnim**.

Deutscher Flugverkehr trotz Orkans aufrechterhalten.

Berlin, 16. Juli Wie die Deutsche Lufthansa mitteilt, wurden in der Sturmnacht zum 16. Juli sämtliche europäischen Nachtpoststrecken der Lufthansa befogen. Auch außer über 1000 km langen Nachtstrecke Berlin—Köln—London verkehrten die Postflugzeuge trotz des orkanartigen böigen Windes, ohne nennenswerte Verzögerung zu erleiden, so daß die Postsendungen wie üblich bestellt werden konnten.

Reichslehrgang des NSD-Studentenbundes.

Cröffinsee, 16. Juli. Auf der Ordensburg Cröffinsee in Pommern trafen dieser Tage 600 nationalsozialistische Studenten von allen Hoch- und Fachschulen Deutschlands ein, um in einem vierwöchigen Lehrgang für die studentische Arbeit der nächsten Semester geschult zu werden.

Lehrgangsleiter ist der Reichsschulungsbeauftragte der NSD-Studentenbundes, **Wähner**. Die 600 Studenten sind Amtsträger oder Führer der Stammhäuser des Bundes und werden neben der politischen und weltanschaulichen Schulung auch körperlich ertüchtigt. In Arbeitsgemeinschaften besprechen die Studentenbundsführer, die nach ihrer Tätigkeit in besondere Hundertschaften aufgeteilt sind, alle Fragen ihres Arbeitsgebietes und ihrer Referate. Namhafte Persönlichkeiten der Partei und des Staates werden die Ordensburg besuchen und zu den Studenten sprechen.

Wettbewerb um den Chopin-Preis in Warschau.

Berlin, 16. Juli. Die Reichsmusikkammer teilt mit, daß Ende Februar 1937 in Warschau der Wettbewerb um den Chopin-Preis stattfindet.

Von der Deutschen Botschaft in Warschau wird bekanntgegeben, daß der Jury hervorragende polnische und ausländische Fachleute angehören und die Beteiligung der deutschen Künstler erwünscht sei.

Es können sich Teilnehmer beiderlei Geschlechtes im Alter von 16 bis 28 Jahren einschließlich melden. Vorgelegt werden muß

1. Das Diplom eines staatlichen Konservatoriums, einer anderen ähnlichen Musikschule oder Unterlagen für die künstlerische Betätigung, wie Konzertprogramme, Kritiken usw.
2. Lebenslauf, zwei Lichtbilder;
3. genaue Anschrift;
4. Urkunden, die Alter und Staatszugehörigkeit enthalten. Die Teilnehmer müssen 60 Zloty für die Teilnahme und alle erforderlichen Dokumente vor dem 31. Dezember 1936 an die Direktion der Chopin-Musikschule, Warszawa, Sienkiewicza 8, einsenden.

Der Wettbewerb findet öffentlich statt und zwar in zwei Abschnitten. Der erste umfaßt ausschließlich Klavierwerke von Chopin, der zweite eines von den zwei Klavierkonzerten Chopins für diesenigen Teilnehmer, die die höchste Anzahl Punkte im ersten Abschnitt erlangt haben.

Das Programm umfaßt:

1. eine von den beiden Sonaten (H-moll oder B-moll) oder, statt der Sonate, eine von den vier Balladen und ein Scherzo oder aber Phantasie F-moll und ein Scherzo.
2. Zwei Mazurken nach Wahl.
3. Eine von den Polonaisen: As-dur, Fis-moll oder Polonaise Phantasie.

Anschlag auf den König von England vereitelt.

London, 16. Juli. Als König Eduard VIII. am Donnerstag nach einer Fahnenparade den Hyde-Park verließ und gerade durch den Marmor-Torbogen geritten war, ereignete sich ein Zwischenfall. Ein Mann von ungefähr 40 Jahren durchbrach die Polizeikette und versuchte, einen Gegenstand nach dem König zu werfen. Er wurde, wie Augenzeugen berichten, von einer Frau am Handgelenk gefaßt, wobei ein Revolver auf die Straße fiel.

Nach Berichten anderer Augenzeugen soll er den Revolver in der Richtung auf das Pferd des Königs geworfen haben. Der König setzte seinen Ritt jedoch ohne Unterbrechung fort. Wieder andere Augenzeugen berichten, daß sofort ein Polizeioffizier von seinem Pferd sprang und den Täter festnahm. Der Mann wurde dann auf die nächste Polizeiwache gebracht. Der Weiterritt des Königs verlief ohne Zwischenfälle.

Oesterreichische Bischöfe zum Abkommen Berlin—Wien.

Wien, 16. Juli. Der Erzbischof von Wien, Kardinal Dr. Innitzer, hat im Namen der österreichischen Bischöfe eine Kundgebung an den Bundeskanzler gerichtet, in der es heißt:

„Am Ende vergangener Woche trugen die Aetherwellen des Rundfunks frohe erlösende Kunde durch die deutschen Lande. Der unselige Bruderzwist, der so tiefe Wunden schlug, der das deutsche Volk gerade in drangvollen Zeiten innerlich spaltete und zerriß, war in einer europäischen Schicksalsstunde, da der Friede in der Völkerfamilie des Abendlandes wieder einmal ernstlich gefährdet schien, in überraschender Weise beigelegt. Ein Herzschlag des deutschen Volkes in Oesterreich ist über diese Friedenstat aufrichtige und ehrliche Freude zu spüren. Auch die Bischöfe Oesterreichs begrüßen mit aufrichtiger Freude und ehrlicher Genugtuung dieses Werk des Friedens, das nicht nur für die beiden Vertragspartner bedeutungsvoll, sondern darüber hinaus geordnete Verhältnisse im Völkerverkehr und wirtschaftliche Fortschritte zu ermöglichen geeignet erscheint."

Nach einem Dank an Bundeskanzler Dr. Schuschnigg verspreche die Bischöfe dann ihre Mitarbeit in allem, was zur Festigung des Friedenswerkes in Oesterreich beitragen und den Geist des Friedens im Volke immer noch mehr lebendig machen könnte.

„Möge dieses Friedenswerk", so heißt es zum Schluß, „dies ist unser sehnlichstes Wünschen und inniglites Beten, nach allen Bitterkeiten der letzten Jahre auch den letzten Stachel des Unfriedens und der Mißgunst aus den deutschen Volksseele nehmen, zu Nutz und Frommen unseres Vaterlandes Oesterreich, des ganzen deutschen Volkes und der mit ihm auf Gedeih und Verderb verbundenen Völkerfamilie Europa."

Prozeße gegen österreichische Nationalsozialisten eingestellt.

Graz, 16. Juli. Sämtliche hier anberaumten politischen Strafprozeße gegen österreichische Nationalsozialisten sind von der Tagesordnung abgesetzt worden. Wie verlautet, werden die Akten dem Justizministerium übermittelt werden.

Schon einige Tage vor der Veröffentlichung des Abkommens mit dem Reich sind in Graz und Steiermark die Verhaftungen wegen nationalsozialistischer Gesinnung eingestellt worden.

Der Prager Besuch des sowjetrussischen Luftmaßenchefs.

Prag, 16. Juli. Der zurzeit in Prag weilende Chef des sowjetrussischen Militärluftwesens, **Alksnis**, wurde am Donnerstag vormittag vom tschechoslowakischen Minister für nationale Verteidigung, **Machnik**, empfangen. Dann besuchte er den Generalinspektor der tschechoslowakischen Wehrmacht, **Syrovy**, und den Generalstabschef **Krejci**. Mittags veranstaltete der tschechoslowakische Nationalverteidigungsminister für die Gäste ein Frühstück.

Generalsekretär Munters lettländischer Außenminister.

Riga, 16. Juli. Der bisherige Generalsekretär des lettländischen Außenministeriums, Wilhelm **Munters**, ist vom Staats- und Ministerpräsidenten Dr. **Ulmanis** auf den Posten des Außenministers berufen worden.

Bisher war das Außenministerium in einer Hand mit dem Ministerpräsidium vereinigt. Als Dr. Ulmanis jedoch zu dem Ministerpräsidium auch die Stellung eines Staatspräsidenten übernahm, wurde der derzeitige Finanzminister Efis mit der kommissarischen Leitung des Außenministeriums beauftragt, das nunmehr also von Munters geleitet wird.

Kammerausschuß billigt Nationalisierungsvorlage.

Paris, 16. Juli. Der Luftfahrtausschuß der Kammer, der am Mittwoch den Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Kriegsindustrie mit elf gegen neun Stimmen abgelehnt hatte, ist am Donnerstag vormittag erneut zusammengetreten. Er hat dem nach der Ablehnung zurückgetretenen Vorsitzenden des Ausschusses sein Vertrauen ausgesprochen und sich nunmehr mit 24 gegen zwei Stimmen für den Entwurf erklärt.

Mussolini über die Besitzergreifung Abessiniens.

Paris, 16. Juli. Der italienische Regierungschef Mussolini hat dem römischen Vertreter der in Paris erscheinenden politischen Wochenschrift La Tribune des Nations kürzlich eine Unterredung gewährt, in der er sich mit der Schaffung des italienischen Imperiums in Ostafrika beschäftigte.

Mussolini führte einleitend aus, daß die Besitzergreifung Abessiniens eine vollendete Tatsache sei, die von der Bevölkerung des Kaiserreichs anerkannt werde. Die von der faschistischen Regierung dem Völkerbund übermittelten Erklärungen seien ein dokumentarischer Beleg der Umstände, die der italienischen Aktion in Ostafrika vorausgegangen seien und die diese ausgelöst hätten. Aus ihnen ergebe sich auch das hohe politische und zivilisatorische Ziel, das Italien stets beseelt habe.

Mussolini berührte dann die Behandlung der abessinischen Frage auf der XVI. Völkerbundsversammlung, auf der die Anerkennung des italienischen Imperiums in Ostafrika nicht auf der Tagesordnung gestanden habe. Italien betrachte sein abessinisches Unternehmen als heilige Mission im Interesse der Zivilisation. Der eingeborenen Bevölkerung, deren Wohlergehen und Fortschritt gefördert werden solle, sei die Mitwirkung an diesen Zivilisationswerk in einer beratenden Körperschaft möglich.

Mussolini schloß mit der Erklärung, daß Italien bereit sei, an der Lösung der schwierigen Probleme Europas und der Welt mitzuarbeiten, wenn der Völkerbund und die Mächte die Lage in Abessinien in einem Geist gerechten Verstehens anerkennen.

Gerüchte über einen Anschlag auf Marschall Graziani.

Rom, 16. Juli. Englische Nachrichtenagenturen hatten aus Dschibuti und Kairo Berichte veröffentlicht, in denen gerüchtweise von einer schweren Verletzung des Marschalls Graziani durch einen Abessinier gesprochen wurde.

Diese Gerüchte werden von unterrichteter italienischer Seite für unzutreffend erklärt.

Aus den letzten am Donnerstag vormittag an amtlicher italienischer Stelle eingetroffenen Telegrammen Grazianis ergibt sich, wie hinzugefügt wird, daß die Lage in Abessinien ruhig sei. Die Eisenbahnlinie Dschibuti—Addis Abeba, die vor 10 Tagen von abessinischen Räuberbanden in der Absicht der Ausplünderung von zwei Lebensmittelzügen unterbrochen worden war, ist bereits wiederhergestellt.

Italienisches Sonderkriegsgericht in Addis Abeba.

Addis Abeba, 16. Juli. Am Mittwoch fand zum ersten Male auf einem öffentlichen Platz eine Sitzung des italienischen Sonderkriegsgerichts statt, durch das drei Eingeborene zum Tode verurteilt wurden. Ein weiterer Angeklagter wurde freigesprochen. Die Hinrichtung der zum Tode Verurteilten wurde sofort vollzogen. Die Angeklagten waren geständig, nach Addis Abeba gekommen zu sein, um unter der Hand Waffen und Munition zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Italiener aufzukaufen. Die Anklage wurde durch einen General vertreten, der bereits mit Graziani den Abessinien Feldzug mitgemacht hatte. Er betonte, daß die Italiener bisher hätten Milde walten lassen aber auch anders vorgehen könnten, wenn die Gegner dies durchaus wollten.

Die dreistündige Gerichtsverhandlung machte auf die tausendköpfige Menge, die ihr beiwohnte, tiefen Eindruck. In Zukunft sollen täglich öffentliche Gerichtsverhandlungen stattfinden. Besonderes Interesse wird dabei voraussichtlich das Verfahren gegen die Teilnehmer des kürzlich erfolgten Angriffs auf die Bahnlinie Addis Abeba—Dschibuti finden. Zum abschreckenden Beispiel sollen auch die Hinrichtungen in Zukunft öffentlich erfolgen.

Flämische Stimme gegen eine Dreier-Konferenz.

Brüssel, 16. Juli. Ueber den Meinungsaustausch zwischen Paris, London und Brüssel, der seit einigen Tagen über das Schicksal der Locarno-Konferenz in Gang ist, liegen in Brüssel am Donnerstag widersprechende Nachrichten vor. Die aus Paris und London kommenden letzten Meldungen besagen, daß Belgien und Frankreich in London für eine Dreier-Konferenz eingetreten seien.

Der flämische Standaard greift diese Meldungen, deren Richtigkeit im Augenblick nicht nachzuprüfen ist, auf und warnt die belgische Regierung davor, sich in das Schlepptau der französischen Politik zu begeben. Der Eindruck einer französisch-englisch-belgischen Blockbildung müsse unbedingt vermieden werden. Belgien habe kein Interesse daran, sich denjenigen anzuschließen, die eine antifaschistische und bolschewistische Politik führen wollten. Der ursprüngliche Gedanke einer Konferenz ohne Deutschland sei schon wenig glücklich gewesen. Es gehe nicht mehr an, daß Frankreich, Italien, Belgien und England sich über eine gemeinsame Haltung ins Benehmen setzen und Deutschland hinterher einladen, den Vereinbarungen beizutreten. Vollkommen nutzlos sei eine Konferenz ohne Italien und Deutschland.

Die Haltung Nankings.

Nanking, 16. Juli. Die Weigerung des Generals Tschentschitang, die Nankinger Parteibeschlüsse über die Abschaffung des Südwestlichen Politischen Rates und über seine eigene Amtsentbehung anzuerkennen, stellt nach Auffassung hiesiger Kreise offene Rebellion dar. Damit, so betont man hier, sei eine neue Lage geschaffen, die der Zentralregierung das verfassungsmäßige Recht zur Bereinigung der Lage gebe.

Die Politik Nankings besteht weiterhin in der Unterstützung des loyalen, zum Befriedungskommissar in Kwantung ernannten Chefs der I. Kwantung-Armee, des Generals Yuehanmu, der mit der Vollstreckung der Parteibeschlüsse beauftragt ist. Nanking richtet seine politischen Maßnimtet zunächst gegen Tschentschitang, während es sich gegenüber den militärischen Führern der Provinz Kwangsi vorläufig zurückhält.

Die Meldung, daß der Generalsekretär im Hauptquartier der Kwangsi-Armee, Panichi, von Peiping nach Tientsin zu einer Rücksprache mit dem gegenwärtig dort weilenden japanischen Konsul von Kanton gereist sei, und die Gerüchte, General Tschentschitang beabsichtige die Einstellung von japanischen Fliegern angesichts der Unzuverlässigkeit der eigenen Luftwaffe, werden propagandistisch gegen Tschentschitang ausgewertet, ungeachtet der Versicherungen Japans, bei einem inneren Konflikt neutral bleiben zu wollen.

Verantwortlich: i. V. Hermann Rüdiger, Berlin-Friedenau.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.